



Der Minister

Ministerium für Inneres und Kommunales NRW, 40190 Düsseldorf

An die
Präsidentin
des Landtags Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

für die Mitglieder
des Innenausschusses



21. August 2015

Seite 1 von 1

Telefon 0211 871-3225

Telefax 0211 871-3231

**Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales zum
Tagesordnungspunkt "Großaufgebot der Polizei beendet
Besetzung des Tagebaus Garzweiler II" der Sitzung des
Innenausschusses am 27.08.2015**

Anlagen: - 60 -

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin,

als Anlage übersende ich Ihnen den „Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales zum Tagesordnungspunkt ‚Großaufgebot der Polizei beendet Besetzung des Tagebaus Garzweiler II‘ der Sitzung des Innenausschusses am 27.08.2015“.

Dienstgebäude:
Friedrichstr. 62-80
40217 Düsseldorf

Lieferanschrift:
Fürstenwall 129
40217 Düsseldorf

Telefon 0211 871-01
Telefax 0211 871-3355
poststelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

Öffentliche Verkehrsmittel:
Rheinbahnlinien 703, 706, 712,
713, 725, 835, 836, NE 7, NE 8
Haltestelle: Kirchplatz

Mit freundlichen Grüßen

Ralf Jäger MdL

Bericht des Ministeriums für Inneres und Kommunales
zum Tagesordnungspunkt
„Großaufgebot der Polizei beendet Besetzung des Tagebaus Garzweiler II“
der Sitzung des Innenausschusses am 27.08.2015

Der vorliegende Bericht basiert im Wesentlichen auf der Berichterstattung der Kreispolizeibehörde (KPB) Düren und stellt die aktuelle Erkenntnislage (Stand: 20.08.2015) dar.

Ausgangslage

Für den Zeitraum 07.08. bis 17.08.2015 wurde durch Umweltschutzorganisationen zur Teilnahme an der Veranstaltung „Klimacamp 2015“ in Erkelenz-Lützerath aufgerufen, die sich thematisch gegen den Braunkohleabbau im Rheinischen Braunkohlerevier (Tagebaue Inden, Hambach und Garzweiler) richtete. Das „Klimacamp“ fand auf der Wiese einer Privatperson statt. Die Ortschaft Lützerath befindet sich ca. zwei Kilometer vom Tagebau Garzweiler entfernt. Der Veranstalter erwartete überregionalen Zulauf und insgesamt etwa 1.000 Teilnehmer. Hinweise auf Anreisen aus dem Ausland lagen vor. Darüber hinaus wurde durch die Internet-Initiative „Ende Gelände“ für den Zeitraum 14.08. bis 16.08.2015 dazu aufgerufen, „in einer Aktion zivilen Ungehorsams die Tagebaue im rheinischen Braunkohlerevier lahm zu legen und die Bagger zu stoppen“. Ausgewiesenes Ziel war es, im Rahmen dieser Aktionstage die Betriebsabläufe der RWE Power AG in den Rheinischen Braunkohlegebieten durch eine „Massenblockade“ zu beeinträchtigen.

Parallel wurden für den 15.08.2015 durch unterschiedliche Veranstalter insgesamt zehn demonstrative Aktionen in Form von zwei Aufzügen und acht Mahnwachen in den Ortslagen Immerath, Jackerath, Borschemich und Pesch unter erwarteter Beteiligung von insgesamt bis zu ca. 1.500 Personen bei der zuständigen Versammlungsbehörde angemeldet. Auch diese richteten sich thematisch gegen den Kohleabbau.

Die RWE Power AG verteilte im Vorfeld im Klimacamp und im Wiesencamp je zwei Ausfertigungen eines Flugblattes, das unter anderem auf die Lebensgefahren für Unbefugte beim Betreten des Tagebaus hinwies.

Einsatzvorbereitung

Der KPB Düren wurde zunächst für den Zeitraum der Aktionstage die Zuständigkeit für die erforderlichen polizeilichen Einsatzmaßnahmen sowie die versammlungsrechtlichen Entscheidungen auch für die betroffenen Zuständigkeitsbereiche der KPB Heinsberg, Rhein-Erft-Kreis und Rhein-Kreis Neuss übertragen.

Vor dem Hintergrund der Ankündigungen rechnete die einsatzführende KPB Düren vornehmlich mit Besetzungen bzw. Blockadeaktionen, die sich sowohl gegen Schaufelradbagger bzw. die Betriebsanlagen der RWE Power AG als auch gegen die Hambachbahn, die der Versorgung der angeschlossenen Kraftwerke mit Kohle dient, richten konnten. Mögliche Aktionsflächen waren alle Tagebaugebiete im Rheinischen Braunkohlerevier. Gleichwohl war aufgrund der großen räumlichen Ausdehnung des Braunkohlereviers als auch der jeweiligen Tagebaue absehbar, dass nicht jede mögliche Aktion der Aktivisten antizipiert werden kann.

Zur Einsatzbewältigung wurde eine sogenannte Besondere Aufbauorganisation (BAO) eingerichtet. Zur Unterstützung wurde der KPB Düren der Ständige Stab des Polizeipräsidiums Köln unterstellt.

Bereits am Dienstag, 04.08.2015 suchten Vertreter der KPB Heinsberg das Gelände des bereits im Aufbau befindlichen Klimacamps auf. Sie führten ein Gespräch unter anderem mit dem Mieter der Wiese. Jedoch waren weder der Mieter noch andere anwesende Personen bereit, einen Ansprechpartner oder Verantwortlichen für das Klimacamp 2015 zu benennen. Eine Besichtigung des Campgeländes durch die Vertreter der KPB Heinsberg wurde von den Campteilnehmern abgelehnt. Obwohl das Gespräch insgesamt in einer entspannten Atmosphäre verlief, zeigten die Campteilnehmer keinerlei Bereitschaft zu einer Kooperation mit der Polizei.

Im Vorfeld des Einsatzes wurden u. a. landes- und bundesweite Aufklärungsmaßnahmen initiiert. Beim Landeskriminalamt NRW und bei der KPB Düren wurden Informationssammel- und Auswertestellen eingerichtet, um alle landes- und bundesweiten Informationen zusammenzuführen.

Einsatzverlauf am 15.08.2015

Am 15.08.2015, gegen 07.00 Uhr, verließen vier Personengruppen, bekleidet mit weißen Maleranzügen, das Klimacamp in Richtung Norden und Süden. Die Gruppierungen waren jeweils ca. 200-300 Personen stark. 400 dieser Personen bewegten sich in Richtung Borschemich, ca. 800 Personen in Richtung Immerath. Vor Beginn und während des „Marsches“ zum Tagebau wurden die Protestler von polizeilicher Seite - insbesondere nach Durchbrecher der Sperrungen im Bereich der kilometerlangen Abbruchkante - mit Lautsprecherdurchsagen und durch persönliche Ansprachen angesprochen. Es wurde an die Vernunft und Eigenverantwortlichkeit appelliert, sich nicht den Gefahren des Tagebaus auszusetzen. Alle Mahnungen wurden ignoriert.

Gegen 07.25 Uhr gelang es einer Gruppe von ca. 200 Personen eine Polizeiabspernung in der Ortslage Borschemich gewaltsam zu überwinden und an der Zufahrt Hochneukirch in den Tagebau einzudringen. Die einheitlich mit weißen Maleranzügen gekleideten Aktivisten traten dabei geschlossen auf und hakten sich unter. Mit Stroh gefüllte Säcke wurden vor dem Oberkörper gehalten; Staubschutzmasken, Taucherbrillen und Kunststoffvisiere wurden vor das Gesicht gezogen. Darüber hinaus wurden Fahnenstangen und Regenschirme mitgeführt, die im weiteren Verlauf als Schlagwerkzeuge eingesetzt wurden.

Um ein Überwinden der polizeilichen Abspernung zu verhindern, wurde durch die eingesetzten Polizeibeamten der Einsatzmehrzweckstock defensiv sowie vereinzelt Pfefferspray eingesetzt. Einzelne Aktivisten, die festgenommen werden sollten, leisteten erheblichen Widerstand. So wurde in einem Fall versucht, einem Polizeibeamten an den Kopf zu treten.

Nach und nach mussten aus taktischen Erwägungen die noch vorhandenen Sperrstellen personell ausgedünnt werden, um die Situation im Tagebau handhabbar zu machen.

Letztlich gelangten über 800 Personen aus den unterschiedlichen Marschsäulen in den Tagebau.

Auf dem Betriebsgelände RWE missachteten Aktivisten die beschilderten Warnhinweise der RWE Power AG und begaben sich durch die Über- und Unterschreitung der laufenden Förderbänder sowie dem Überschreiten der einzelnen Sohlenkanten in akute Lebensgefahr.

In Folge wurden drei Schaufelradbagger in unterschiedlicher Personenstärke besetzt, von denen zwei Besetzungen nach relativ kurzer Zeit beendet werden konnten. Der Betrieb der Bagger wurde durch die RWE Power AG eingestellt.

Insgesamt wurden 805 Personen im Tagebau Garzweiler angetroffen. Von 565 Aktivisten konnte noch vor Ort die Identität festgestellt werden. Diese wurden aus dem Tagebau begleitet; Platzverweise vor Ort wurden erteilt. Die übrigen 240 Aktivisten wurden zum Zwecke der Identitätsfeststellung der Gefangenensammelstelle zugeführt, da sie sich nicht ausweisen konnten. Bei 77 dieser Personen wurden in Absprache mit der Staatsanwaltschaft Aachen erkennungsdienstliche Maßnahmen (Lichtbild, Abdruck eines einzelnen Fingers) zur Feststellung der Identität durchgeführt. 163 Personen mussten ohne Feststellung der Identität entlassen werden, da aufgrund der zeitaufwändigen Abläufe die gesetzlich vorgeschriebene maximale Dauer einer Freiheitsentziehung zur Identitätsfeststellung von 12 Stunden erreicht war.

An den parallel durchgeführten demonstrativen Aktionen, die störungsfrei verliefen, nahmen insgesamt bis zu 650 Personen teil.

Parallel zu den Ereignissen in Garzweiler seilten sich am 15.08.2015, gegen 07.15 Uhr, zwei Aktivisten von der Autobahnbrücke der BAB 61, Anschlussstelle Wanlo, ab und sicherten sich in Höhe des Brückenkörpers. Zwei weitere Aktivisten unterstützten diese Aktion. Es wurde ein Plakat „KOHLE KILLT“ angebracht. Die Aktivisten konnten nach Vollsperrung der Autobahn durch Polizeikräfte geborgen und in Gewahrsam genommen werden. Die Sperrung der Autobahn wurde um 09.39 Uhr aufgehoben.

Polizeiliche Maßnahmen

Insgesamt erfolgten 809 freiheitsentziehende Maßnahmen im Laufe des Einsatzgeschehens. Es wurden 799 Strafanzeigen u. a. wegen Hausfriedensbruchs, Störung öffentlicher Betriebe, Widerstands, Verstoß gegen das Waffengesetz und Landfriedensbruch gefertigt. Gegen sieben Personen, die vor der Tagebaukante festgehalten wurden, wurden Platzverweise ausgesprochen.

Eingesetzte Kräfte

Die KPB Düren Köln setzte zur Bewältigung des Einsatzes in der Spitze insgesamt 1.295 Polizeibeamtinnen und -beamte ein, darunter unter anderem zwei Abteilungsführungen der Bereitschaftspolizei, drei Technische Einsatzeinheiten, sieben Bereitschaftspolizeihundertschaften (BPH), die Polizeifliegerstaffel sowie zahlreiche Dienststreiter und Diensthundführer ein. Zusätzlich wurden 39 Verwaltungsangehörige eingesetzt.

Die Kreispolizeibehörde Düren wurde durch zwei Höheninterventionsteams der Bundespolizei sowie insgesamt zehn geländegängige Fahrzeuge des Landes Baden-Württemberg bzw. der Bundespolizei unterstützt.

Ein Ersuchen um weitere Kräfte (1 BPH, 1 Beritt) in Vorfeld des Einsatzes an andere Länder und den Bund verlief aufgrund der bundesweit angespannten Kräftelage im Zusammenhang mit kräfteintensiven Parallellagen ergebnislos.

Angesichts der Lageentwicklung am 15.08.2015 mussten weitere Kräfte der Bereitschaftspolizei angefordert werden. Da aufgrund der Einsatzlage landesweit keine weiteren Kräfte zur Verfügung standen, erfolgte die Anforderung einer Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit der Bundespolizei, die luftverlastet unmittelbar in den Einsatzraum verbracht wurde.

Verletzte Polizeibeamte

Insgesamt wurden anlässlich der Besetzungsaktionen nach jetzigem Stand 16 Polizeibeamtinnen und -beamte und ein Verwaltungsangehöriger leicht verletzt, von denen zwei Beamte nicht mehr dienstfähig waren. Die Verletzungsbilder reichen von Hand- und Schulterverletzungen bis zu Augenreizungen, die durch den polizeilichen Pfeffersprayeinsatz verursacht wurden.

Verletzte Aktivisten

Nach derzeitigem Erkenntnisstand sind polizeilich 18 verletzte Aktivisten verzeichnet. Überwiegend waren Augenreizungen festzustellen. 10 Personen wurden Krankenhäusern zur weiteren Behandlung zugeführt. In Medienberichten wird von einer Verletztenzahl von 200 Personen berichtet. Die von der KPB Düren genannten Zahlen basieren auf den Angaben der Verletztensammelstelle und der Dokumentation des zuständigen polizeilichen Einsatzabschnittes.

Verletzte MA der RWE

Nach aktuellem Erkenntnisstand ist ein Security-Mitarbeiter des RWE am Knie verletzt worden. Die genauen Umstände sind (noch) nicht bekannt.

„Zusammenarbeit“ mit der RWE Power AG

Die KPB Düren ist seit der Etablierung des „Wiesencamps“ im Ortsteil Morschenich Ende 2012 fortlaufend mit der Abarbeitung einschlägiger Einsatzanlässe befasst. Dazu hat sie eine „Dauer – BAO“ eingerichtet, die bei Bedarf eingesetzt wird.

In diesem Zusammenhang kommt es zu regelmäßigen Gesprächskontakten zwischen der KPB Düren und der RWE Power AG (Konzernsicherheit). Die KPB Düren weist in diesen Gesprächen immer darauf hin, dass die RWE Power AG zunächst alle Vorkehrungen treffen muss, um ihre Einrichtungen mit eigenen Kräften und durch technische Sicherungen zu schützen.

Nachdem der KPB Düren die Zuständigkeit für die Aktionstage vom 14.08.2015 bis 16.08.2015 übertragen worden war, wurden im Zuge der Einsatzvorbereitung zwei Gesprächstermine am 04. und am 11.08.2015 mit Vertretern der RWE Power AG, die alle drei Tagebaue betreibt, wahrgenommen. In diesen Gesprächen wurde u.a. nochmals deutlich gemacht, dass die Polizei erwartet, dass die RWE Power AG alle Anstrengungen unternimmt, ihren Betrieb und ihre Anlagen selbst zu schützen.

Neben technischen Aufrüstungen sind nach Angaben der RWE Power AG an dem relevanten Wochenende - insbesondere am 15.08.2015 - daraufhin nochmals sowohl eigene Beschäftigte der RWE Power AG als auch Security-Kräfte zusätzlich in den Dienst

gebracht worden. Die Beschäftigten wurden zudem betriebsintern im Hinblick auf die Jedermannrechte (§ 127 Absatz 1 StPO) geschult. In den Besprechungen wurde durch die KPB Düren darauf hingewiesen, dass das Übermaßverbot zu beachten ist und dass jeder, der sich auf § 127 I StPO beruft, individuell für sein Handeln verantwortlich ist. Polizeiliche Empfehlungen im Hinblick auf Verhalten oder Ausrüstung hat es darüber hinaus nicht gegeben.

Das Ziel, Gefahren für die Aktivisten im Tagebau abzuwehren, sollte dadurch erreicht werden, dass Polizeikräfte möglichst schnell an strategisch wichtige Punkte in den Tagebau gebracht werden, um möglichst schnell gefahrenträchtiges Verhalten der Aktivisten zu unterbinden. Dazu wurde der Einsatz geländegängiger Fahrzeuge vorgeplant. Da der Bedarf durch Fahrzeuge der Polizei NRW nicht in Gänze gedeckt werden konnte, erfolgte im Vorfeld des Einsatzes eine Anfrage bei der Polizei des Bundes und den Landesparteien, die z. T. erfolgreich waren.

Aufgrund der Lageentwicklung ergab sich ein höherer Bedarf an geeigneten Transportmöglichkeiten (Transport polizeilicher Einsatzkräfte aber auch Abtransport von Aktivisten), so dass während des Einsatzes im Tagebau Garzweiler, zusätzlich zu den polizei-eigenen Fahrzeugen, vorhandene Fahrzeuge der RWE Power AG und deren Fahrer durch die Polizei gemäß § 6 PolG NRW (Inanspruchnahme nicht verantwortlicher Personen) in Anspruch genommen werden mussten. Das dadurch betroffene Unternehmen wurde noch am selben Tag gebeten, eine entsprechende Rechnung zu erstellen.

Im Übrigen bewegten sich die eingesetzten Polizeibeamten und die Kräfte des Werkschutzes der RWE-Power AG innerhalb der ihnen zugewiesenen Zuständigkeiten. Eine Entscheidung des Polizeiführers, mit Beschäftigten der RWE Power AG zusammenzuarbeiten, hat es weder im Vorfeld des Einsatzes noch während des Einsatzes gegeben. Im Einsatz ist lediglich ein Fall dokumentiert, in dem die Besatzung eines polizeilichen Einsatzfahrzeugs (3 Beamte) kurzfristig zur Festsetzung einer kleinen Gruppe von Aktivisten durch Mitarbeiter der RWE Power AG unterstützt wurde.

Informationen zu der Frage, ob es angezeigte Übergriffe durch den Werkschutz gab, sind mit Stand der Berichtlegung nicht bekannt.

Inanspruchnahme sonstiger Dritter

Neben der Inanspruchnahme von Fahrzeugen der RWE Power AG wurden auch drei Gelenkbusse der Firma ASEAG und ein Gelenkbus der Firma Westreisen Langen zum Transport von Aktivisten in die Gefangenessammelstelle nach Aachen angemietet, da die Transportkapazitäten der Polizei in Gänze ausgelastet waren.

Umgang mit Journalisten

Dem Vorwurf einzelner Medienvertreter, sie seien im Tagebau bei der Ausübung ihrer Rechte gehindert worden, widerspricht die einsatzführende KPB Düren. Bereits im Vorfeld des Einsatzes hat es umfassende Informationen an Medienvertreter gegeben. Hintergrundgespräche und Einzelkontakte beinhalteten immer auch die Fragestellung, ob das Betreten des Tagebaus auch für Medienvertreter verboten sei. Die Polizei hat dabei immer auf das Hausrecht des Tagebaubetreibers und dessen erforderliches Einverständnis und die natürlich auch für Medienvertreter bestehenden lebensgefährlichen Betriebsgefahren verwiesen.

Um die zu erwartenden Bedürfnisse der Medienvertreter seitens der Polizei bevorzugt erfüllen zu können, hatte die Polizei unter anderem eine stationäre und mobile Betreuung für Medienvertreter direkt am Tagebau eingerichtet. Diese wurde auch umfangreich in Anspruch genommen. Die meisten Medienvertreter entschieden vor Ort, die Verbots- und Gefahrenmomente ernst zu nehmen und nicht in den Tagebau hinabzusteigen. Eine Begleitung von Medienvertretern durch die Polizei in das Tagebaugelände hinein war nicht möglich. Dem standen der Wille des Hausrechtsinhabers und die erheblichen Gefahren entgegen. Einige Medienvertreter sind aber unter Inkaufnahme von Gefahren und eines Strafverfahrens mit den Marschblöcken der Aktivisten auf die Betriebsfläche eingedrungen.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass im Einzelfall gegen Personen, die sich als Medienvertreter erklärten, sich aber als Teil der Störergruppen bewegt und verhalten haben, die erforderlichen Eingriffsmaßnahmen getroffen wurden. Dies gilt insbesondere dann, wenn sie sich in den Gruppen bewegten, die Polizeisperren durchbrochen haben oder dies versuchten. Die Nachbereitungen zum Einsatz dauern an.

Ereignisse im Nachgang

Am 16.08.2015, 06.30 Uhr, wurden zwei Personen auf einem Schaufelradbagger im Tagebau Hambach festgestellt, die sich mit einem sogenannten Lock-On in einer Höhe von ca. 10 Metern an eine Plattform gekettet hatten. Durch ein Höheninterventionsteam der Polizei wurden die Personen vom Bagger gelöst und der Gefangenen-sammelstelle zugeführt.

Im Zeitraum 16.08.2015, 18.45 Uhr, bis 17.08.2015, 11.35 Uhr kam es des Weiteren im Verlauf der „Hambachbahn“ zu insgesamt sechs Ankettaktionen mit insgesamt acht Aktivisten sowie zwei Abseilaktionen mit zwei Aktivisten und drei Begleitpersonen (davon zwei Seilsicherern). Aufgrund der Aktionen musste der Betrieb der Hambachbahn eingestellt und eine Lastreduzierung beim Kraftwerk Neurath vorgenommen werden. Zwei der Aktivisten erlitten aufgrund des langen Verweilens in den Klettergurten ein sogenanntes „Hängetrauma“ und mussten dem Krankenhaus zur ambulanten Behandlung zugeführt werden. Zwei Aktivisten wurden bei einer Auseinandersetzung mit Mitarbeitern des Werkschutzes der RWE Power AG leicht verletzt und wurden ebenfalls im Krankenhaus ambulant behandelt. Die übrigen Aktivisten wurden der Polizeiwache Düren zum Zwecke der Identitätsfeststellung zugeführt. Anlassbezogene Strafverfahren wurden eingeleitet.

Bewertung des Polizeieinsatzes

Rund um den Tagebau „Garzweiler II“ nahmen bis zu 650 Demonstranten ihr Grundrecht auf Versammlungsfreiheit friedlich wahr. Gleichzeitig ging jedoch eine Gruppe von 1.200 Aktivisten gemeinsam und z. T. gewaltsam gegen die eingesetzten Polizeibeamten vor. Dieses geplante Vorgehen war für die Polizei in dieser Dimension neuartig und nicht in diesen Ausmaßen erwartbar. Dabei setzten die Aktivisten sowohl sich als auch die Einsatzkräfte den konkreten Gefahren (bis hin zu Lebensgefahren) des Tagebaubetriebs aus.

Das widerrechtliche Betreten der deutlich abgegrenzten und gekennzeichneten Betriebsflächen wurde im Vorfeld durch die zuständige Staatsanwaltschaft als Hausfriedensbruch qualifiziert. Dies war durch entsprechende Publikationen auch den Tagebau-

gegnern bekannt. Die Polizei hat aus der gesetzlichen Aufgabenzuweisung heraus Straftaten zu verhindern und zu verfolgen. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Hausrechtsinhaber ein Unternehmen oder ein Privatmann ist.

Dem Vorwurf, es habe eine gemeinsame Einsatztaktik oder gar Einflussnahme des Tagebaubetreibers auf die polizeilichen Entscheidungen oder Maßnahmen gegeben, widerspricht die KPB Düren ausdrücklich. Alle mit dem Einsatz in Zusammenhang stehenden Planungen und Entscheidungen wurden ohne jedwede Einflussnahme getroffen. Der Grundsatz der Neutralität war den eingesetzten Polizeibeamten vom Polizeiführer auf allen Ebenen verbindlich vorgegeben worden.

Die einsatzführende KPB Düren hat Pressevertretern im Vorfeld des Einsatzes die Gelegenheit gegeben sich umfassend zu den Einsatzplanungen im Rahmen von Hintergrundgesprächen zu informieren. Dies setzte sich im Einsatzverlauf weiter durch. Nicht ausgeschlossen werden kann, dass sich unter den widerrechtlich in Tagebau eingedrungenen Personen Pressevertreter befanden. Ebenso wenig kann ausgeschlossen werden, dass sie, wenn sie sich in einer Störergruppe bewegt haben, mit polizeilichen Eingriffsmaßnahmen konfrontiert wurden. Die Nachbereitung und die Aufklärung der in Rede stehenden Vorwürfe werden vorgenommen.

Auf der Basis der mir zum jetzigen Zeitpunkt vorliegenden Informationen erachte ich die getroffenen Maßnahmen als verhältnismäßig.

Vorgetragener Kritik am Polizeieinsatz wird konsequent nachgegangen.

Wie jeder Einsatz dieser Dimension wird auch dieser Einsatz durch die KPB Düren umfänglich nachbereitet.
